

Lohnpolitik

Staat unterstützte Tarifpartner

Die Lohnpolitik hat sich im vergangenen Jahrzehnt das Prädikat beschäftigungsorientiert verdient: Die Arbeitskosten je Stunde stiegen im Zeitraum 2000 bis 2008 fast im Gleichschritt mit der Stundenproduktivität – die Lohnstückkosten blieben daher mit einem Plus von 1,4 Prozent nahezu stabil. Im Jahr 2009 setzte sich dieser Trend der Kostenstabilität infolge des massiven Einsatzes der Kurzarbeit allerdings nicht fort: Die Lohnstückkosten stiegen um 5,6 Prozent, weil zwar die Produktion einbrach, die Unternehmen aber ihre Belegschaften weitgehend konstant gehalten haben. Nach der Krise dürfte sich mit dem Auslaufen der Kurzarbeit die Situation wieder entschärfen.

Die Kurzarbeit erklärt zu einem Teil auch, warum im Zeitraum 2000 bis 2009 zwischen dem realen Anstieg der Arbeitskosten je Stunde (+ 4,1 Prozent) und dem Rückgang der realen Nettoverdienste je Arbeitnehmer (- 4,9 Prozent) eine Lücke von 9 Prozentpunkten klafft. Der Staat dagegen hat anders als in den 1990er Jahren zuletzt keinen Keil mehr zwischen die für die Arbeitsnachfrage der Unternehmen relevanten Arbeitskosten und die bei den Beschäftigten verbleibenden Nettolöhne getrieben und insofern seinen Teil zu einem informellen Bündnis für Arbeit beigetragen. Höhere Sozialabgaben wurden durch sinkende Lohnsteuern mehr als kompensiert: Der Keil zwischen Produzenten- und Konsumentenlohn reduzierte sich dadurch sogar um 1 Prozentpunkt.

Hagen Lesch: Lohnpolitik 2000 bis 2009 – Ein informelles Bündnis für Arbeit, in: IW-Trends 1/2010

Gesprächspartner im IW: **Dr. Hagen Lesch, Telefon 0221 4981-778**

Lohnpolitik

Arbeitsplätze beflügeln Kaufkraft

Die Tarifpartner haben mit einer gemäßigten Lohnpolitik im vergangenen Jahrzehnt dazu beigetragen, die Zahl der Jobs deutlich zu erhöhen. So blieben die Lohnstückkosten über lange Zeit hinweg stabil. Auch in der aktuellen Krise gibt es keinen Grund, vom Pfad moderater Tarifabschlüsse abzuweichen: Denn die private Konsumnachfrage lässt sich über den Weg der Beschäftigungssicherung eher stabilisieren als über Lohnsteigerungen.*)

Nix bliev, wie et wor! Unter dieses kölsche Motto könnte man auch die tarifpolitischen Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre einreihen:

Bündnis für Arbeit. Im Januar 2000 einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber im Rahmen des von Bundeskanzler Gerhard Schröder moderierten Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit darauf, „den sich am Produktivitätszuwachs orientierenden, zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraum für beschäftigungswirksame Vereinbarungen zu nutzen und notwendige branchenbezogene Differenzierungen vorzunehmen“.

Weil die Bündnisgespräche jedoch ohne konkrete Folgen blieben, drohte Schröder in seiner im März 2003 abgegebenen Regierungserklärung zur Agenda 2010: Der Gesetzgeber werde handeln,

wenn sich die Tarifpartner nicht endlich in weit größerem Umfang als bisher auf betriebliche Bündnisse einigten.

Die Androhung gesetzlicher Öffnungsklauseln zeigte dann Wirkung. In einigen wichtigen Branchen wie im Bankensektor oder in der Metall- und Elektro-Industrie einigten sich die Tarifparteien darauf, dass Firmen und Betriebsräte vom Flächentarif abweichende Lohnvereinbarungen treffen können. Am weitesten ging die M+E-Industrie. Dort stimmte die IG Metall im Februar 2004 sogar einer Präventivklausel zu:

Per Ergänzungstarifvertrag sind in der M+E-Industrie Abweichungen vom Flächentarifvertrag auch dann möglich, wenn dadurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit und die Investitionsbedingungen verbessert werden.

In anderen Wirtschaftszweigen dagegen sind die neu beschlossenen Öffnungsklauseln häufig nur für wirtschaftliche Notsituationen vorgesehen.

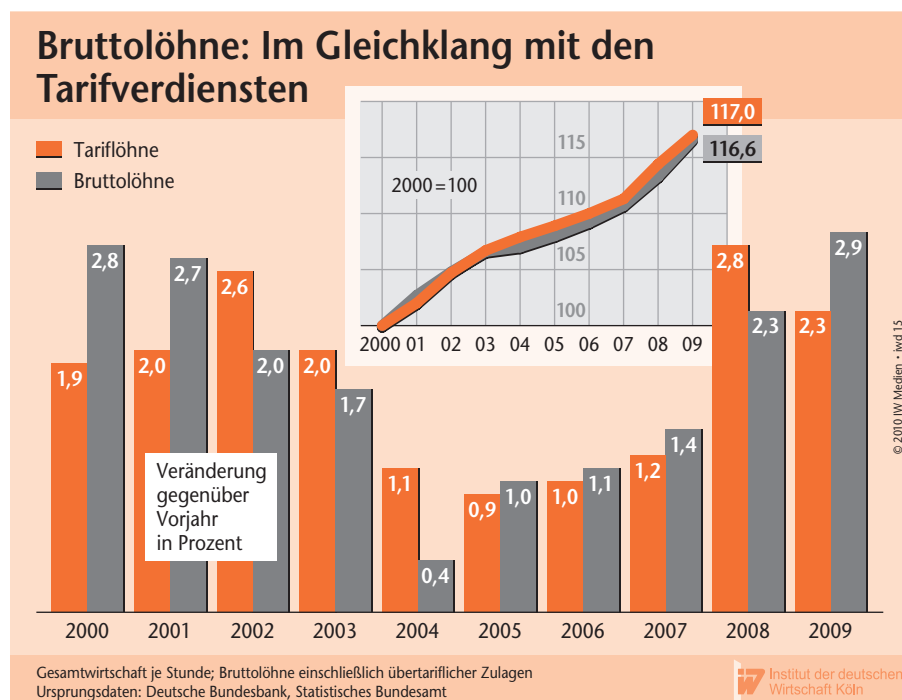
Arbeitgeberforderungen. Die Unternehmensverbände beschränken sich neuerdings immer weniger darauf, tarifpolitische Ansprüche der Gewerkschaften einfach nur abzuwehren. Zunehmend stellen sie eigene Forderungen – in denen sie z.B. auf längere Wochenarbeitszeiten (Baugewerbe, Öffentlicher Dienst) drängen oder – wie im Einzelhandel – reduzierte Zuschläge für Samstagsarbeit durchsetzen wollen.

Konkurrenz im Tarifsystem. Zwei Trends kennzeichnen die Veränderungen im deutschen Tarifgefüge: Zum einen konkurrieren christliche Gewerkschaften zunehmend mit den DGB-Gewerkschaften – etwa im Bankgewerbe, in der Zeitarbeit oder im Kfz-Handwerk. Weil die christlichen Vereinigungen konzessionsbereiter sind als die DGB-Branchengewerkschaften, müssen auch IG Metall, ver.di und Co. in Tarifverhandlungen mehr Kompromisse eingehen.

Zum anderen haben sich im Verkehrs- und Gesundheitssektor Sparten-Gewerkschaften gebildet – wie die Pilotenvereinigung Cockpit oder die Lokführergewerkschaft GDL. Diese berufsgruppenbezogenen Organisationen sind sehr schlagkräftig und heizen den Wettbewerb um die besten Arbeitsbedingungen an.

Unterm Strich haben die strukturellen Veränderungen jedoch eher dafür gesorgt, dass die Lohnpolitik der vergangenen zehn Jahre das Prädikat „moderat“ verdient. Dies zeigt die Entwicklung wichtiger Lohnindikatoren:

1. Gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten. Die Arbeitskosten je Produktionseinheit sind zwischen 2000 und 2008 kaum gestiegen. Denn Arbeitskosten und Produktivität (das Verhältnis von Output und Arbeitseinsatz) legten fast im Gleichschritt zu. Deshalb verteuerte der Faktor Arbeit Güter und Dienstleistungen nicht.



*) Vgl. Hagen Lesch: Lohnpolitik 2000 bis 2009 – Ein informelles Bündnis für Arbeit, in: IW-Trends 1/2010

Im Jahr 2009 stoppte dieser Trend wegen des massiven Einsatzes von Kurzarbeit. Es wurde weniger produziert, während die Beschäftigung aber weitgehend stabil blieb – als Folge stiegen die Lohnstückkosten 2009 um 5,6 Prozent.

Auf den Zeitraum 2000 bis 2009 bezogen ergibt sich daher ein nominaler Lohnstückkostenanstieg von 7,0 Prozent.

Wenn sich die Kapazitätsauslastung im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs wieder verbessert und die Löhne weiter nur moderat steigen, dürfte sich diese Entwicklung umkehren – dann sinken die Lohnstückkosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe verbessert sich.

2. Lohndrift. Der Begriff steht für die unterschiedliche Entwicklung von Tariflöhnen und Effektivlöhnen. Letztere sind die von den Unternehmen tatsächlich gezahlten Bruttoentgelte – einschließlich übertariflicher Zulagen.

Ist die Lohndrift stark negativ, sind die tariflichen Lohnerhöhungen für die Unternehmen nur schwer verkraftbar – freiwillige Lohnkomponenten werden dann auf das tarifliche Plus angerechnet.

Seit 2000 stiegen die Tariflöhne im Durchschnitt aller Branchen je Stunde um 17 Prozent, die Effektivverdienste um 16,6 Prozent (Grafik Seite 4). Daraus ergibt sich eine leicht negative Lohndrift von minus 0,4 Prozent, was zeigt, dass die Betriebe mit den Tariflohnerhöhungen in diesem Jahrzehnt im Großen und Ganzen leben konnten. Hinzu kommt:

- Zuletzt sind kaum noch Firmen aus den (insbesondere westdeutschen) Arbeitgeberverbänden ausgetreten. Die Zahl der Unternehmen, die einer Tarifbindung unterliegen, blieb damit weitgehend konstant.

- Die Firmen nutzten die Öffnungsklauseln in den Boomjahren 2006 bis 2008 seltener und bezahlten in der Regel nach Tarif und nicht darunter.

Als Kehrseite moderater Lohnzuwächse wird immer wieder beklagt, dass die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer wenig wachsen, was wiederum als Ursache für die schwache Entwicklung des privaten Konsums – und damit der Binnennachfrage – gesehen wird. Wer so argumentiert, verkennt jedoch, dass die Beschäftigungsentwicklung den

Produzenten- und Konsumentenlohn

Die Tarifparteien haben bei ihren Verhandlungen vor allem jeweils die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Auge. Allerdings können die für die Arbeitsnachfrage der Unternehmen relevanten realen Arbeitskosten (der sogenannte Produzentenlohn) und die bei den Arbeitnehmern verbleibenden realen Nettolöhne (Konsumentenlohn) auseinanderdriften. So können sich Lohnsteigerungen zwar in höheren (realen) Arbeitskosten niederschlagen, aber nicht in steigenden (realen) Nettolöhnen. Höhere Löhne verteuern dann den Faktor Arbeit, ohne dass die Beschäftigten mehr Geld zur Verfügung haben.

Deutlich wird dieser Zusammenhang beim Blick auf das vergangene Jahrzehnt. Preisbereinigt sind die Arbeitskosten der Unternehmen zwischen 2000 und 2009 im Durchschnitt aller Branchen je Stunde um 4,1 Prozent gestiegen. Die Nettolöhne je Arbeitnehmer hingegen sanken seit dem Jahr 2000 real um 4,9 Prozent.

Die Arbeitskosten wurden dabei mit dem BIP-Deflator bereinigt, der die Preisentwicklung aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen misst und damit ein gutes Maß dafür ist, welche Kostensteigerungen die Unternehmen über höhere Preise abwälzen können. Die Nettolöhne wurden mit dem Verbraucherpreisindex deflationiert. Hier misst man die Preisentwicklung für alle im Inland gekauften Güter, also auch die für die importierte Energie, um zu sehen, was die Arbeitnehmer tatsächlich mehr in der Tasche haben.

Im Ergebnis tut sich zwischen dem je Stunde gerechneten Produzentenlohn und dem je Arbeitnehmer berechneten Konsumentenlohn für den Zeitraum von 2008 bis 2009 eine Lücke von 9 Prozent-

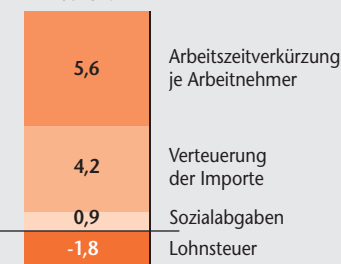
Konsum stärker beeinflusst als die Reallohnentwicklung:

Pro Prozentpunkt Reallohnanstieg wuchs der private Verbrauch in Deutschland im Zeitraum 1992 bis 2006 um 0,3 Prozent. Stieg die Beschäftigung um 1 Prozent, nahm der Konsum dagegen um 0,8 Prozent zu.

Abgabenkeil: Der Staat hält sich zurück

Differenz zwischen realen Arbeitskosten je Stunde (Produzentenlohn) und realen Nettoverdiensten je Arbeitnehmer (Konsumentenlohn) von 2000 bis 2009 in Prozentpunkten

Gesamteffekt 9,0
davon:



Arbeitskosten: Arbeitnehmerentgelt preisbereinigt mit dem BIP-Deflator; Nettoverdienste: preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · Iwd 15

punkten auf – die sich wie folgt erklären lässt:

- Fast zwei Drittel (5,6 Prozentpunkte) der Differenz entfallen auf eine – im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt je Arbeitnehmer – rückläufige Arbeitszeit. Gründe dafür sind die steigende Teilzeitquote, die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung und Kurzarbeit. So ist die Teilzeitquote aller Arbeitnehmer zwischen 2000 und 2009 von 27 Prozent auf 34 Prozent gestiegen. Zuletzt wurden 4,9 Millionen Minijobber gezählt, im Jahr 2000 waren es erst 4,1 Millionen.

- Weitere 4,2 Prozentpunkte der Differenz hängen mit höheren Importpreisen etwa für Öl und Gas zusammen – die Konsumenten haben entsprechend an Kaufkraft eingebüßt.

- Der Staat hielt sich zurück: Leicht steigende Sozialabgaben wurden durch eine sinkende Lohnsteuerbelastung überkompensiert.

Außerdem schlugen sich Lohnerhöhungen zwar in höheren Arbeitskosten nieder, aber nicht unbedingt in einer entsprechenden Kaufkraft (Kasten). Vor allem steigende Energiekosten und sinkende Arbeitszeiten haben zuletzt einen Keil zwischen Produzenten- und Konsumentenlohn getrieben.